

# Cüberter Wolfsbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der "Cüberter Wolfsbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementpreis vierjährlich 2.40 M., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Telegraphen Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die schriftgestaltete Veröffentlichung oder deren Raum 25 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 36.

Montag, den 12. Februar 1917.

24. Jahrg.

## Das Steuerproblem der Zukunft.

Die Frage, wie in Zukunft das Deutsche Reich und die Einzelstaaten die Deckung beschaffen sollen für die aus dem Kriege erwachsenen furchtbaren Lasten, ist brennend schon so lange der Krieg währt. Aber je länger er dauert und je mehr die unmittelbaren Kriegsausgaben und die aus dem Kriege resultierenden Verpflichtungen zu früher für einfach unmöglich erscheinender Höhe emporwachsen, desto brennender wird die Frage. In den ersten Monaten des Kriegs, als noch mit einer relativ kurzen Dauer desselben gerechnet werden konnte, war man vielfach geneigt, die Finanzfrage einigermaßen auf die leichte Achse zu nehmen, zumal man einen baldigen entscheidenden Sieg erhoffte und glaubte; sehr erhebliche Kriegsentwicklungen in die Finanzrechnung einzustellen zu können, die ja, wenn sie zu erlangen waren, unsere Finanzen sehr wesentlich entlasten hätten würden. Die Unterlegenen wären natürlich um so schlimmer daran, soweit sie überhaupt noch zahlungsfähig sein würden. Nachdem der Krieg jetzt zweieinhalb Jahre gedauert hat und trotz aller deutschen Siege die eigentliche Entscheidung noch aussteht; nachdem die Entente das Friedensangebot der Mittelmächte abgelehnt hat und auf einer blutigen Entscheidung der Waffen besteht, womit die Aussicht auf ein weiteres kolossales Steigen auch der finanziellen Opfer sich eröffnet, drängt sich immer wichtiger die Frage auf, wie es möglich sein werde, in Zukunft die riesigen Lasten zu tragen, ohne daß unsere Volkswirtschaft darunter zusammenbricht. Je höher die Summen der Kriegsausgaben in allen am Krieg beteiligten Staaten ins Phantastische emporwachsen, desto mehr schwindet auch die Hoffnung, von dem entscheidend unterlegenen Teil Kriegsentwicklungen in einer Höhe zu erwarten, die nur einen sehr wesentlichen Teil der Kosten der Sieger bedenken. Die Wahrscheinlichkeit steigt, daß alle kriegsführenden Staaten sich am Schluss im wesentlichen mit ihren eigenen Lasten wieder abfinden müssen.

Das wird eine sehr schwere Aufgabe sein. Ihre Bewältigung macht heute wohl schon den Staatsmännern ebenso sehr Sorge wie den Parlamentariern der verschiedenen Parteien, die berufen sein werden, an der Lösung der schwierigen Aufgabe mitzuwirken. Aber auch für die Steuerzahler, an deren Geldbeutel sich Reich, Staat und Gemeinde werden halten müssen, ist die Frage von tiegender Bedeutung, welcher Art schließlich die Lösung sein wird. Dass sehr viel mehr als bisher zu zahlen sein wird, darüber kann kein Zweifel bestehen. Es handelt sich darum, die neue Belastung so erträglich wie möglich zu gestalten und sie so zu verteilen, daß nicht unser Wirtschaftsleben dadurch zerstört zu werden droht; daß auch wirklich die leistungsfähigen Schultern getragen und die Schwestern geschützt werden gezeigt werden.

Die zu lösende Aufgabe ist eine doppelte, wie die aus dem Krieg erwachsenen Lasten einen doppelten Charakter tragen: einmal die eigentlichen unmittelbaren Kriegsosten, die am Ende des Kriegs verursacht sein werden, und die Kosten des Weiteraufbaus des Zustörten; dann aber die aus dem Kriege sich ergebenden Dauerverpflichtungen für die Unterhaltung der Kriegsinvaliden, Kriegerwitwen und -Waisen. Wie hoch nur die letzteren, auf längere Dauer zu zahlenden Unterstützungen sein werden, läßt sich heute noch nicht abschätzen. Sicher gehen sie in die Milliarden. Diese dauernden Verpflichtungen, die mit allmählicher Abschwächung für mindestens ein Menschenalter zu tragen sein werden, müssen selbstverständlich auch aus Landesinnnahmen bestritten werden, über die wir heute nicht verfügen, die erst neu geschaffen werden müssen. Wenn 1871 aus der französischen Kriegskostenentwidlung von vier Milliarden Mark drei Millionen als Reichsinvalidenfonds abgezweigt werden konnten, um die Unterhaltung der Invaliden und Hinterbliebenen daraus in sehr bescheiden Weise beitreten zu können, so fehlt heute für jede Unterlage, zu mal gegenüber der unendlich viel größeren Zahl der Invaliden und Witwen und Waisen. Zur Durchführung dieser Versorgung, die sehr erheblich viel höher wird sein müssen, als die der Invaliden und Hinterbliebenen aus dem Kriege von 1870/71, wird es also größer neuer Einnahmen bedürfen. In welchem Maße sie allein die Steuerzahler im Reich beladen werden, kann man daran ermessen, daß vor dem Kriege die fortlaufenden Einnahmen und Ausgaben des Reiches ungefähr mit dreißig Milliarden bilanzierten.

Man rechnet heute schon mit einer Kriegsschuld von rund 100 Milliarden, ohne die Zahlungen an die Invaliden und Hinterbliebenen Gefallener. Mit Einstellung der letzteren wird der Zukunftsbetrag auf 7 bis 8 Milliarden jährlich veranschlagt. Wie weit das zutreffend sein wird, läßt sich heute schwer sagen, zumal wir ja immer noch nicht am Ende des Krieges stehen. Jedenfalls ist die Last der Zukunft schwindelerregend hoch, so hoch, daß man den vollen wirtschaftlichen Rück Deutschlands prophezeit, wenn es diese Last für längere Zeit tragen müßte. Unsere Grobetzungspolitiker leiten daraus ein neues Argument für ihre Ausbildung her. Deutschland müsse den Krieg bis zum vorherrschenden Siege fortführen, um in den Friedensbedingungen

sich große Kriegsentwicklungen zu sichern, die nicht unbedingt in Geld zu bestehen brauchten, sondern auch in Gebietserweiterungen bestehen könnten, aus denen zukünftig große Werte herausgeholt werden könnten. Die letzte Forderung ist hier offenkundlich das erste Ziel, und die Schwierigkeiten der zukünftigen Finanzierung werden möglichst schwarz gemalt zu dem Zweck, Projekte für eine weitgehende Annexionspolitik zu werben. Diese Absicht darf man wohl auch hinter dem von Dr. Stresemann in die Erörterung geworfenen Gedanken suchen, daß, wenn keine Kriegsentwidlung erlangt werde, es zu einer Vermögenskonfiskation bis zu einem Drittel kommen müsse. Für viel mehr als einen Schreckschuß darf man diese Ankündigung nicht ansehen. Wenigstens ist sie wohl als solcher gedacht.

Freilich, darüber ist man sich in Kreisen, die Verständnis für volkswirtschaftliche Dinge haben, klar, daß eine Abgabenlast von jährlich 7 bis 8 Milliarden oder gar mehr auf lange Dauer nicht getragen werden kann ohne unsere Volkswirtschaft in arge Territorial zu bringen. Eine möglichst rasche Abbindung der unschwer Kriegsschuld wird darum mit Recht als dringlich erachtet werden. Und in der Tat ist uns von anerkannten Finanzleuten die Meinung verübt worden, ein einmaliger, ziemlich leichter Eingriff in das Vermögen sei leichter zu ertragen als eine durch Generationen fortlaufende schwere Steuerbelastung. Die Mittel für solch eine rasche Abbürdung könnten natürlich nicht aus den Einkommen gewonnen werden; auf dem Wege indirekter Besteuerung ebenso wenig wie durch direkte Besteuerung des Einkommens. Direkte wie indirekte Steuern werden ja aus dem Einkommen bestritten, nur das die direkte Steuer sich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit anzupassen kann, während die indirekten Steuern als unzureichende Kopfsteuern wirken, die die ärmeren Schichten am härtesten treffen. Die Einkommen werden nach dem Krieg um so weniger leistungsfähig sein, als sie einmal durch den Krieg vielfach in ihrem Betrage zurückgegangen sind, andererseits aber durch die allgemeine Teuerung, die so bald nicht schwinden wird, der Wert und die Kaufkraft des Geldes erheblich gesunken sind, so daß gleich hohe Einkommen wie vor dem Kriege sehr viel weniger bedeuten. Das fällt stark ins Gewicht für die steuerliche Leistungsfähigkeit der Einkommen wie für den ökonomischen Wert der Steuererträge.

Neue Einkommensbelastungen irgendwelcher Art können also wohl für die Deckung erhöhter Laufende Ausgaben in Frage kommen, und man wird dazu schreiten müssen; aber aus dem Gesamteinkommen der Nation riesige Summen für eine schnelle Abbürdung der Kriegsschuld zu gewinnen, wird nicht möglich sein. Da wird also wohl oder übel auf das Vermögen zurückgegriffen werden müssen, wenn auch nicht in dem Umfang, wie es die Annexionspolitiker zur Abbürdung angekündigt haben. Auch verständige Politiker sind der Meinung, daß es ohne einen festen Eingriff in das Vermögen nicht gehen wird. So hat der Abgeordnete Gothein kürzlich in der „Hilfe“ eine zu stäffelnde Abgabe von 5 bis 25 Prozent als notwendig erachtet, wobei die 5 Prozent schon bei 1000 Mark Vermögen einzuziehen müssten, um bei einem auf 300 Milliarden geschätzten steuerlich fahrbaren Gesamtvermögen einen Ertrag von 45 Milliarden herauszubringen, womit das Reich von vornherein mehrere Milliarden an Zinsen ersparen würde. Dass einem solchen Zugriff in das Vermögen bedeutende Schwierigkeiten entgegenstehen, ist freilich nicht zu bestreiten. Schon deshalb, weil das Vermögen nicht wie das Einkommen flüssig ist, sondern im Boden und Hausbau, als Hypotheken, als Betriebskapital industrieller Unternehmungen usw. festliegt und für die Abgabe erst flüssig gemacht werden müsste. Ob das in dem vorgeesehenen Umfang volkswirtschaftlich überhaupt möglich wäre, ist eine noch unentschiedene Frage. Die aus der Vermögensabgabe überhaupt entstehende volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten werden wenigstens zum Teil dadurch behoben, daß die aus dem Gesamtbetande des Vermögens entnommenen Milliarden als hohe Mortifikationsquote für die Kriegsanleihen wieder in das nationale Gesamtvermögen zurückfließen, wenn auch nicht immer in die Hände des früheren Besitzer.

Soweit würde es sich nur um eine Besitzverteilung handeln, die der gesamten Volkswirtschaft von dem wirklich vorhandenen Kapitalbestande nichts entziehe, immerhin aber manche ökonomische Schwierigkeiten auslösen könnte. Für die Reichsfinanzen wäre eine solche Mortifikationsabgabe von Vermögen je nach deren Höhe eine mehr oder minder beträchtliche Befreiung von einem Teile der zukünftigen Zinsenlast aus den Kriegsanleihen. Diese Abgabe könnte zur Erleichterung ihrer Durchführung, ebenso wie der in den Jahren 1914 bis 1916 erhobene Wehrbeitrag, in einer Reihe von Raten erhoben werden, die aber erheblich höher sein müssten als der Wehrbeitrag, der in den drei Jahren annähernd eine Milliarde eingebracht hat, während es sich bei einer raschen Abbürdung der Kriegsschuld um sehr viel größere Summen handeln müsste, wenn die Befreiung

von der Schuldenlast volkswirtschaftlich weittragende Folgen haben soll.

Für die Deckung der dann noch übrig bleibenden Verbindlichkeiten des Reiches, der Einzelstaaten und der Gemeinden — die überhaupt als ein Ganzes angesehen und nach einem gemeinsamen Plan getragen werden müssen — dafür die Mittel an der richtigen Stelle zu suchen, das wird eine Aufgabe für die Finanzbeamten und praktiker sein, deren Lösung nicht leicht sein wird. In welcher Richtung immer die Lösung gesucht werden wird, welche Form die für diese Zwecke benötigten Steuern und Abgaben auch haben werden, sie werden auf jeden Fall eine schwere Belastung für unsre Volkswirtschaften schaffen. Was Reich und Staat und Gemeinde an neuen Abgaben beanspruchen, wird dem allgemeinen Verbrauch entzogen; es vermindert den Teil der nationalen Gütererzeugung, der für den allgemeinen Volkstonsum zur Verfügung steht. Die Wirkung kann nur dadurch abgeschwächt werden, wenn die Verhältnisse nach dem Kriege einen möglichst raschen Wachstum unserer Wirtschaftslebens gestalten und damit die Gütererzeugung sich intensiv vermehrt.

Eine solche Vermehrung der Gütererzeugung und den aus ihr hervorgehenden Werte würde auch allein eine starke Besteuerung der Einkommen ermöglichen, ohne eine übermäßige Einschränkung des Verbrauchs zur unvermeidlichen Folge zu haben. Die Neuauflagen auf die Einkommen aber müssten selbstverständlich nach der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler für die höheren Einkommen eine stark fortwährende Steigerung erfahren. Eine gerechte Besteuerung der Lasten müsste aber auch in der Richtung gefunden werden, daß die Steuererträge nach einem einheitlichen Besteuerungsplan für die Bedürfnisse des Reiches, der Bundesstaaten und der Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Dagegen machen sich ja heute noch sehr große Widerstände geltend, aber ohne solche zusammenfassende Organisation der Gesamtfinanzen wird sich schwer ein erträgliches Verhältnis schaffen lassen.

Man wird aber — auch um dieser Notwendigkeit auszuweichen — nach anderen Steuerquellen suchen und sucht heute schon danach. Vor allem sind in direkten Steuern, die bei den behördlichen Finanzmännern so bestellt sind, weise angeblich den Steuerzahldern so „wenig fühlbar“ werden. Damit ist ja schon bei der jüngsten Steuergesetzgebung im Reich der Anfang gemacht worden. Neben der Kriegssteuer, die eine Vermögenszunahmesteuer ist, sind erhöhte Tabaksteuern und Verkehrsteuern beschlossen worden und die „Krönung“ hat diese Steuermacherei durch die Warenumsatzsteuer erfahren. Diese leichtere Steuerart hält manche Finanzkünstler und Politiker für sehr „entwicklungsfähig“; man glaubt, sie nach Belieben erhöhen zu können, um große Erträge herauszubringen. Auf diese Möglichkeit hat schon vor einiger Zeit der nationalliberale Landtagsabgeordnete Dr. Friedberg hingewiesen, der zum Beispiel die allgemeine Produktionssteuer heranzog, die von den Vereinigten Staaten nach dem Sezessionskriege zur Aufrechterhaltung ihrer Finanzen eingeführt wurde, und zwar in Höhe von 5 bis 6 Prozent des Wertes. Aber sie erwies sich als große Hemmung für die Volkswirtschaft und wurde deshalb erst allmählich abgebaut, um 1874 ganz wieder zu verschwinden. Wenn aber schon vor 40 bis 50 Jahren in den Vereinigten Staaten eine solche allgemeine Produktionssteuer volkswirtschaftlich unerträglich war, obwohl die wirtschaftliche Entwicklung Amerikas noch weit zurück war, ein industrieller Export kaum in Frage kam, so kann man daraus ermessen, wie schwer unsere deutsche auf den Export angewiesene Produktion davon betroffen werden müsste, auch dann schon, wenn die Warenumsatzsteuer, die heute 1 pro Tausend beträgt, nicht einmal annähernd auf die Höhe der amerikanischen Produktionssteuer erhöht würde.

Auch andere die Verbraucher treffende indirekte Steuern würden bei der gewaltigen Besteuerung aller Lebensbedürfnisse eine volkswirtschaftlich verderbliche Wirkung haben müssen. Um ihnen zu entgehen, bleibt eventuell noch der Weg der Monopolie. Werden solche für die Beschaffung höherer Einnahmen ins Leben gerufen, so nehmen sie freilich auch sehr leicht den Charakter indirekter Steuern an. Sollen sie in der Richtung nicht sehr drückend werden, so müssen sie solche Produktionsgebiete erfassen, die in ihrer ökonomischen Entwicklung und insgesamt auch in der Kapitalkonzentration weit fortgeschritten sind und große Unternehmen erzeugen. Diese großen Gewinne müssten im wesentlichen von dem Monopol erzielt werden, um sie für die Reichsfinanzen nutzbar zu machen. Um das zu erreichen, dürfen natürlich die großen Gewinne nicht einfach kapitalisiert werden; das würde ihnen die Gewinne für alle Ewigkeit garantieren. Sie müssten mit sogenannten Annuitäten, das heißt festen Zahlungen für eine bestimmte, nicht zu lang bemessene Zeit und in einer Höhe abgefunden werden, die von dem Ertrag des Unternehmens einen beträchtlichen Teil für Reichswehr übrig läßt, ohne daß das Reich zu Preisaufschlägen zu greifen



## Frankreich und Belgien.

**Erhöhte Fliegeraktivität auf beiden Seiten.**

Amtlich wird gemeldet: Die deutschen Flieger waren in der Nacht vom 8. zum 9. Februar außerordentlich tätig. Sie belegten die englischen Flugplätze von St. Pol und Coxyde, die Bahnhöfe von Avesnes und Albert ausgiebig mit Bomben, ebenso feindliche Truppenlager bei Ronart und Chauny und die Bahnanlagen an der Somme und Ruislecourt, südwestlich von Veronne. Eine unserer Bombengeschwader, das in der letzten Zeit mehrfach rücksichtig erwähnt wurde, warf in derselben Nacht tausend Kilogramm Abwurmmunition auf die Industrievororte von Bapaume. Darauf wurden von uns die Heereszwecke arbeitenden Fabrik-Anlagen in Neuve-Maison und militärische Anlagen in Nancy mit rund 2000 Kilogramm Bomben erfolgreich besetzt. In der Nacht vom 9. zum 10. Februar war an der Westfront die Tätigkeit unserer und der feindlichen Flieger eine besonders rege. Deutsche Geschwader belegten mit ausgezeichnetem Erfolg den Bahnhof Aveluy bei Albert mit 1500 Kilogramm, den Ostbahnhof von Amiens mit 3500 Kilogramm Bomben. Infolge des Angriffs brach auf dem leichten ein Brand aus, der an den dort aufgestapelten großen Vorräten immer erneute Nahrung fand. Der gewaltige Feuersturm war um 7 Uhr morgens weit hin zu sehen. Andere Geschwader verursachten durch ihren Bombenwurf Brände in den Barackenlagern von Douai und Givet. Die Industrieanlagen von Neuve-Maison wurden erneut mit über 2000 Kilogramm Sprengstoff beworfen, die von Bapaume mit 300 Kilogramm. Ein weiterer nächtlicher Flugzeugangriff richtete sich gegen den Flughafen und die Luftschiffhalle von Spinal, die mit 600 Kilogramm eingedeckt wurden.

Gegenüber unternahmen die Gegner mehrere Nachflüge in das lothringsche Becken und das Saargebiet. Der durch diese Bewege anrichtete Schaden ist jedoch ganz unerheblich. Unser Abwehrfeuer zwang bei Differdingen einen der nächtlichen Angreifer, einen französischen Farmarbeiter zu töten. Das Flugzeug ist zertrümmer. Die Insassen, Unterleutnant Lautrot und Korporal Fourgerot, sind tot.

Eine neue Schwad haben die Franzosen durch einen in der gleichen Nacht auf die offene Stadt Karlsruhe unvernommenen Angriff auf sich geladen. Die traurige Tat unternahm ein Flugzeug, das einige Bomben auf die friedliche Stadt abwarf. Drei Bürger wurden verletzt. Der angerichtete Sachschaden ist bedeutungslos.

Am Tage des 10. Januar schossen darauf unsere Flieger drei feindliche Flugzeuge in Brand. Das eine stürzte in der Gegend von La Bassée brennend nieder, die andern beiden zerschossen an der Sommetta.

### R.-Brot in Frankreich.

Infolge des Ausbleibens von Getreideschiffen hat die Regierung verfügt, daß das Weizenbrot eine 5-prozentige Beimischung von Mais und Gerste erhalten soll.

### Englischer Luftangriff auf Westflandern.

Amtlich wird aus London gemeldet: Am 9. Februar nachmittags überflogen englische Wasserflugzeuge den Flugplatz von Ghent und waren eine große Anzahl Bomben ab, die man auf ihren Zielen explodieren sah. Flieger und Flugzeuge sind unbeschädigt zurückgekehrt.

## Rußland.

### Luftangriffe auf Dünkirchen.

WBW. Berlin, 8. Febr. (Amtlich). Deutsche Marineflugzeuge griffen in der Nacht vom 8. zum 9. Februar die Flugplätze St. Pol bei Dünkirchen und Coxyde erfolgreich mit 66 Bomben an. Mehrere Treffer auf den Flugplätzen wurden beobachtet. Sämtliche Flugzeuge sind unbeschädigt zurückgekehrt.

## Der Seefried.

### Folgen des verschärften Tauchbootkrieges.

"Wowo Wemja" meldet aus London, daß seit drei Tagen häufige Zufuhren von frischem Gemüse, Margarine, Butter, Heringen und Süßfrüchten infolge der letzten Vorbereitung auf See ausgeblossen sind. Die Spekulation hat sich am 2., 3. und 4. Februar in unheimlicher Weise des Lebensmittelmarktes bemächtigt, so daß der Chef der Lebensmittelkontrolle scharfe Maßnahmen gegen den unerhörten Lebensmittelzuwuchs ergreift hat. Wie der Chef der Lebensmittelkontrolle der Presse mitteilt, befindet sich gegenwärtig ein wichtiges Gesetz in der Vorbereitung, das als außerordentlicher Regulator auf dem Lebensmittelmarkt wirken wird. Die in Frage kommenden Behörden haben bereits energisch mit der Reorganisation der Lebensmittelversorgung Englands begonnen. Voransichtlich am 1. März wird ein ganz neues System der Lebensmittelversorgung in Kraft treten. Dieses System sieht die Einführung einer Brot-, Fleisch-, Zucker-, Eier- und Fettkarte vor. Ferner sind Verordnungen in der Ausarbeitung begriffen, die eine Rationierung der privaten Leichtmittel, der Kartoffeln und gegebenenfalls auch der Futtermittel vorsehen. Auch die Einschaltung von Bier soll in ein bestimmtes System gebracht werden. Die Fleischkarte wird voransichtlich pro Kopf und Woche 1½ Pfund, die Brotkarte 3 Pfund und die Zukerkarte ½ Pfund vorsehen. Gegenwärtig finden besonders in den Städten große Vermüllung statt, so daß verschiedentlich die polizeilichen Organe Vermüllung eingreifen müssen. Die Lebensmittelpreise sind sprunghaft in die Höhe gegangen. Es muß erwartet werden, daß eine Anzahl von Arbeiterschichten mit neuen Lohnforderungen hervortreten werden.

### Der verhärteste U-Boot-Krieg.

Eines unserer Unterseeboote versenkte in der Nordsee neuerdings fünf unbekannte englische Dampfer von insgesamt 14 000 Tonnen im Unterwasserangriff.

Weiter werden als versenkt gemeldet: 10 Dampfer und 13 Segelschiffe (32 000 Tonnen) und acht Fischdampfer.

Wie die "Neue Zürcher Zeit." aus dem Haag berichtet, wurde der Krieg des Tauchbootkrieges am 8. Februar mit 35 versenkten Schiffen erreicht; seit dem 1. Februar sollen mindestens 200 000 Tonnen vernichtet worden sein.

Nach römischen Berichten sind in der Zeit vom 1. bis 5. Februar sechs italienische Dampfer mit zusammen 12 000 Tonnen dem U-Boot-Krieg zum Opfer gefallen; an russischen Schiffen sind bisher fünf mit rund 9400 Tonnen versenkt, drei weitere russische Schiffe in englischer Charter sind überfällig.

Der schwedische Konsul in Rouen berichtet: In einem Hafen der Normandie traf der schwedische Dampfer "Apollon" mit zahlreichen Besatzungen verschiedener Schiffe ein. Der Kapitän Siegler berichtet, daß er während der Fahrt Mannschaften des französischen Dampfers "St. Philipe", des japanischen Dampfers "Nagata Maru" sowie des norwegischen Dampfers "Kapitan" aufgenommen habe. Die Besatzungen wurden während der Fahrt von Blyth nach Malaga angenommen und vor Besteck einem französischen Torpedoboot übergeben. Es waren zusammen 70 Mann, davon 4 Franzosen, die in einem Boot trieben, zwei japanische Boote mit 44 Mann und zwei norwegische Boote mit 31 Mann. Standort, die jetzt aus England in Bergen eingetroffen, wird als außerordentlich ernst.

## Der amtliche Kriegsbericht.

WBW. Großes Hauptquartier, 12. Febr. (Amtlich).  
Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Kronprinzen Rupprecht  
Schriftlich von Armentières und südlich des Our-  
sees-Kanals schickten durch lebhafte Feuer vorbereitete eng-  
lische Angriffe.

Tagsüber lag starke Artilleriebewaffnung auf unsere Stellungen beiderseits der Aare. Während der Nacht griffen die Engländer jedoch mal die zerstörten Gräben von Serre bis zum Fluß an. Alle Angriffe sind abgewiesen worden. Der Feind, dessen Sturmgruppen vielfach Schneehoden trugen, hat in unserem Abwehrfeuer nördlich von Serre im Nothamps schweren Verluste erlitten. Die Rückführung einer unbrauchbar gewordenen Grabenlinie südlich von Serre war vor Einsetzen der englischen Angriffe planmäßig und ohne Störung durchgeführt worden.

Westlicher Kriegsschauplatz.  
Front des Generalfeldmarschalls  
Prinz George von Hannover.

Vorstoß unserer Sturmgruppen an der Düne und bei Riesien, westlich von Bück, gelangen im vollen Umfang. Bei Riesien wurden 2 Offiziere, 40 Mann und 1 Maschinengewehr eingebracht.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

In den Bergen zu beiden Seiten des Alpenzales und der Putz an der Befestigung reisach Zusammenstöße von Schützengräben.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls von Mackensen  
Um Serre Verteidigungsplan, an der unteren Donau mögliche Artillerietätigkeit.

Mazedonische Front.

Nichts Neues.

### Greignisse zur See.

WBW. Berlin, 12. Februar. (Amtlich). Das deutsche Torpedoboot "B. 69" ist, nachdem es mit eigenen Mitteln seine Seefähigkeit wiederhergestellt hatte, in der vergangenen Nacht aus Hiddensee ausgelaufen und heute früh wohlbehalten in einem deutschen Hafenpunkt eingetroffen.

Eines unserer Unterseeboote hat am 10. Februar in den Hooft den italienischen Kampfflugzeug abgeschossen, zerstört und die beiden Insassen gefangen genommen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

### Wirkungen des Tauchbootkrieges.

Die russischen Schifffahrtsgesellschaften unterbrachen ihren Schifffahrtsverkehr. Der Verkehr nach Tripolis ist seit drei Tagen völlig unterbrochen. Unter dem Vorbehalt des Marineministers verhandeln sich in Rom die Grossreeder, um über die durch die Versöhnung des U-Boot-Krieges neu geschaffene Lage zu beraten. Der italienische Marineminister macht bekannt, daß sich die Regierung genötigt fühle, allen verfügbaren Schiffsträumen zusammenzufassen. Jede private Schiffahrt wird eingestellt. Der Minister erklärt weiter, daß das in London aufgestellte Programm der Bekämpfung der U-Boot-Sperre auch eine sehr aktive Befähigung der italienischen Handelsflotte vorstelle.

Sechs aus England mit Kohlen in Bergen eingelaufene Dampfer sind aufgelegt worden. Die Dampfer waren bisher in der regelmäßigen Kohlenschiffahrt beschäftigt.

Im Kreisverblatt "Sjöfartsförbund" melden, daß die Stimmen für ein weiteres Auflegen der norwegischen Schiffe im Hinblick auf die außerordentlichen Erfolge des deutschen Seefliegerpaares.

Nach Meldungen aus London ist die Beflagnung aller Holzvorräte in England, sowie das Importverbot für private Rechnung zur Sicherstellung des Kriegsbedarfs beabsichtigt.

### Russische Maßnahmen.

Wie der "Armeebote" meldet, trifft die russische Admiralität gegenwärtig umfangreiche Vorbereitungen zur Bekämpfung der feindlichen Tauchboote in der Orla und im Eismeer. Die neue russische Flottentabelle weist gegenwärtig 52 Admirale, 47 Kapitäne und 2100 andere Seesoffiziere auf. Die Zahl der Matrosen der Marine ist auf 60 000 erhöht worden. Die Zahl der Marineärzte erhält eine Steigerung auf 800. In den russischen Marinestäben und gegenwärtig zahlreiche englische Offiziere als Kontrollingenieure tätig. Russland dürfte zu Beginn der kommenden Schiffahrtspériode auch über eine wesentlich vergrößerte Wasserflugzeugflotte verfügen.

England gibt holländische Schiffe frei.

Amtlich wird holländischerseits mitgeteilt, daß der Kolonialminister telegraphisch die Nachricht erhielt, daß 22 niedersächsische Dampfer, die in den englischen Häfen im Osten festgehalten wurden, die verlangte Erlaubnis zur Ausfahrt erhielten.

### Der Schiffsverkehr zwischen Holland und England.

Am 10. Februar kamen aus der Maasündung 10 englische Schiffe nach England ab. Vier englische Schiffe kamen aus England an.

### Holland und der überseeische Verkehr.

Der holländische Minister für Industrie, Handel und Handel hat mitgeteilt, daß er das Ausfahren von transatlantischen Schiffen solange nicht gestatten werde, bis mit Sicherheit festgestellt sei, daß keine englischen Häfen angesäußen zu werden brauchen.

Nach dem Haag eingelaufenen Nachrichten stimmt die englische Regierung im Prinzip zu, daß holländische Schiffe, die von Amerika nach Holland fahren, in Zukunft nicht verpflichtet sein werden, einen Hafen in England anzulaufen, sondern statt dessen Halifax oder die Bermudas anlaufen können. Über die Schiffe, die aus anderen Ländern und Kolonien nach Holland ausfahren, sowie über die von Holland ausfahrenden wird noch verhandelt.

### Ein Druck Englands auf Schweden?

Aus London in Stockholm eingetroffenen Meldungen zufolge läuft England keine schwedischen Schiffe mehr aus den englischen Häfen heraus. Der Dampfer "Tule" war der letzte schwedische, der Großbritannien verlassen durfte.

### Englischer Übergriff in norwegischen Gewässern.

Wie das "Dagblad" meldet, wurde der norwegische Dampfer "Sortland" nichts innerhalb der territorialen Grenze von zwei englischen Torpedojägern beschossen.

### Ein englischer Torpedobootszerstörer gesunken.

Amtlich wird aus London, 10. Februar, gemeldet: Ein Torpedobootszerstörer älterer Klasse, der zum Aufklärungsdienst berichtet wurde, ist legte Nacht auf eine Mine geraten und gesunken. Alle Offiziere sind tot. Mann der Besatzung wurden gerettet.

## Der Baltikumkrieg.

### Die Vergewaltigung Griechenlands.

Die "Central News" meldet aus Athen: Der Kriegsminister ordnete an, daß alle Personen, die im Besitz von Waffen sind, die dem Staat gehören, diese vor dem 12. Februar abliefern müssen. Die Blockade wurde bereits gemeldet. Die Postsendungen von zwei Monaten wurden ausgeliefert und die Löschung einer Mailschließung im Bereich gestoppt.

## Aus Süden und den Nahgebieten.

Montag, 12. Februar.

Angestellten-Auswahlwahlen in den Betrieben. Wir werden um Abdruck dieser Zeilen ersuchen: Nach dem Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst müssen in den Betrieben, die mehr als 50 nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte verpflichtende Angestellte haben, Betriebsausküsse errichtet werden. Der Senat hat die Ausführungsverordnung für diese Wahlen bereits am 31. Dezember v. Js. veröffentlicht,以便 der alsbaldige Schaffung der Ausküsse keinerlei Hindernisse im Wege stehen. Um die Wahlen möglichst schnell zu Ende zu führen, und Unklarheiten zu beseitigen, ist die Interessengemeinschaft der Privatangestellten Lübecks, der alle Organisationen angehören, bereit, mit Rat und Tat mitzuwirken. Die Angestellten sollen sich an den Verband wenden, dem sie angehören, um organisierte an einen beständigen Verband ihrer Berufsgruppe oder an den Vorstand der Interessengemeinschaft. Da im übrigen noch viel Unklarheit über die Auslegung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst besteht, veranlaßt die Interessengemeinschaft der Privatangestellten Lübecks am Donnerstag, den 15. ds. Ms. einen Vortrag über das Thema: Die vaterländische Hilfsdienstspflicht und die Privatangestellten. Die Ausführungen sollen allen Privatangestellten — Kaufleuten, Büroangestellten, Technikern — Gelegenheit geben, sowohl mit den Blättern und auch mit den Rechten, welche ihnen das Gesetz auferlegt, vertraut zu machen.

Ermittlung unbekannter Verstorbenen. Die Reservepolizei haben zur Unterstützung bei der Auflösung unbekannter Verstorbenen etwa vorhandene Photographien solcher Verstorbenen mit den bereits entstandenen Ermittlungsvorgängen dem Zentralnachweissbüro einzubringen. Die eingegangenen Bilder werden zusammenge stellt und in Sonderverlustlisten (Bildertafeln) veröffentlicht. Auf diese Weise ist es gelungen, eine größere Zahl der Unbekannten festzustellen. Weitere Ausgaben dieser Bildertafeln werden nicht mehr in den öffentlichen Verkehr, sondern bei den Ortspolizeibehörden, Garnisonkommandos und Bezirkskommandos, Erstaufnahmeposten, Lazaretten usw. zur Einsicht ausgestellt. Alle diejenigen, die ein Interesse an der Auflösung unbekannter Verstorbenen haben, werden auf diese Einrichtung aufmerksam gemacht.

Höchstpreise für den Verkauf frischer Seeäpfel. Auf Grund des Höchstpreisgesetzes wird vom Polizeiamt unter Aufhebung der früheren Höchstpreisfestsetzungen für Seeäpfel angeordnet, daß der Verkauf frischer Seeäpfel nur nach Gewicht erfolgen darf, und daß die Verkäufer beim Verkaufe an die Verbraucher nur einen Zuschlag bis zu 20 Proz. zu dem Preise, zu dem ihnen die Äpfle vom Kommunalverband Lübeck zur Verfügung gestellt worden sind, nehmen dürfen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob der Verkauf in der Markthalle, auf der Straße, von Haus zu Haus oder im Laden erfolgt.

Gehaltssteuer. Der vierte Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1916/17 ist vor den Steuerpflichtigen, die im Besitz eines Steuerzettels für die Vorstädte St. Jürgen und St. Gertrud sowie für die eingemeindeten Gebiete und die Landbezirke sind, in der Zeit vom 12. bis 20. Februar d. Js. bei Vermeidung des Zuholz-der-festgelegten-Gebühr zu entrichten.

Ein völkerverdächtiger Fall. In der Woche vom 4. bis 10. Februar 1917 ist ein von auswärts ins hiesige Krankenhaus eingeliefelter Fall völkerverdächtiger vorgekommen.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem hiesigen Gesundheitsamt im Monat Januar in 192 Fällen gemeldet. Davon bestrafen 108 Fälle (6 tödlich verlaufen) Diphtherie, 51 (4 tödlich) Masern, 18 (4 tödlich) Pocken, 10 Schorlack, 3 (2 tödlich) Typhus, 1 Genickstarre und 1 (tödlich verlaufen) Wochenbettfieber.

Unter schwerem Verdacht. Festgenommen wurde der Lohnbuchhalter eines heiligen Werkes, der dringend verdächtigt ist, angestrahlte Löhne für Arbeiter angefordert und diese für sich behalten zu haben. Das Werk ist dadurch um eine beträchtliche Summe geschädigt, da die Beträgerinnen schon seit längerer Zeit ausgeführt sind.

Die Viehpreise. In der Nacht zum 8. d. Ms. sind aus der Moislinger Mühle 150 Pfund Weizemehl, einige Säcke und drei Treideli von je 9½ Zentim. Breite und 5 Meter Länge gestohlen worden. — Von einem Gut in der Nähe Lübecks sind in der Nacht zum 10. d. Ms. mittels Einbruches drei Zugtenten gestohlen worden.

Ein festgenommen wurde ein jugendlicher Arbeiter, der seinen Vogtwirt um 20 Mark betrogen hatte.

Erwischter Wucherer. Zur Anzeige gebracht wurde ein hier wohnhafter Händler, der auf dem Lande in der Nähe Lübecks 100 Pf. per Pfund gekauft und für 1,65 Mark wieder verkaufte.

Bei schlesischer Bahn. Ein Kaufmannslehrling wurde zur Anzeige gebracht, weil er Geschäftsquittungen gefälscht und die Gelder in Höhe von über 400 Mk. für sich einfälscht hatte. Das Geld hat der jugendliche Täter hier in leichtsinniger Gesellschaft hindurch gebracht.

Hamburg. Durch Genuß von Budding verässtet. Als ein Sohn des Fettwarenhändlers Meyer in der Henriettenstr. 32 Donnerstag abend nach Hause kam, sandt er die Wohnung dünkel und die Tür verschlossen. Er öffnete und sah, daß sein Vater sowie seine 11jährige Schwester und die 14-jährige Tochter bestimmtlos im Bett lagen. Ein herbeigescholtener Arzt stellte fest, daß die Brüder tot und der Vater sowie die Schwester lebensgefährlich erkrankt waren. Die Erkrankung wird auf den Genuss von Budding zurückgeführt, der vermutlich verdorben war.

getroffen sei. Die schwedische Landeszentrale hat ihre Teilnahme angezeigt, vorausgelegt, daß auch die anderen nordischen Länder im vertreten lassen.

Eine spätere Meldung aus Christiania besagt: Das Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentrale der Arbeiter Norwegens hat vom Präsidenten des internationalen Gewerkschaftsbundes, Carl Legien, eine Mitteilung erhalten, daß die Delegierten der schweizerischen Landeszentrale, die die Weihnachtskonferenz der französischen Gewerkschaften besuchten, das Einverständnis erzielen, monach die französischen, spanischen, italienischen, belgischen und möglicherweise auch die englischen Landeszentralen sich bereit erklärt haben zu einer internationa-

len gewerkschaftlichen Konferenz, die von der Schweizerischen Landeszentrale in der Schweiz veranstaltet werden sollte, zu senden. Aber nur unter der Voraussetzung, daß Legien diesem Vorschlag einstimmt.

Legien teilt in seinem Schreiben mit, daß er die Frage als außerordentlich wichtig betrachte und daß nichts versäumt werden dürfe, was geeignet sei, die gewerkschaftliche Internationale wieder zusammenzubringen und gleichzeitig für die Vorbereitung des Friedensgedankens unter den Arbeitern aller Länder zu wirken. Er sei deshalb mit dem schweizerischen Vorschlage einverstanden und diese Stellungnahme werde von den deutschen Gewerkschaften gebilligt. — Legien hat somit die Angelegenheit den Landes-

zentralen zur Abstimmung vorgelegt. Das vorwiegende Sekretariat hat dem Vorschlage über die Abhaltung der Konferenz zugestimmt und Legien hierüber telegraphisch benachrichtigt. Es wird auch erwartet, daß die Konferenz so zahlreich und möglichst vollständig besucht werde, daß sie als wertvolle Vertreterin der gewerkschaftlichen Internationale würde betrachtet werden können.

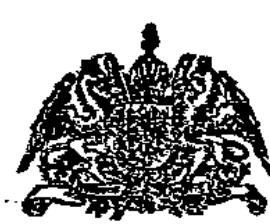
Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Ludwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellin. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Krieger & Co. Sämtlich in Lübeck.

# Underberg

Wahlspruch:  
SEMPER IDEM.



Hollieferant  
St. Maj. d. Deutschen Kaiser.  
Könige v. Preussen.



Kammerlieferant  
St. Maj. d. Kaisers v. Oesterreich.  
Könige v. Ungarn.

**H. Underberg-Albrecht**  
RHEINBERG (Rhld.) • Gegründet 1846.

## Enteignung und Einziehung der Fahrradbereifungen.

(Bei Ausführung der Bekanntmachung Nr. V. I. 3546 16. KRA. vom 12. Juli 1916 Lübeckische Anzeigen Nr. 321).

Die der Reichsregierung vom 12. August 1916 unterliegenden Fahrradbereifungen werden, soweit sie keine Vermendung erlaubt ist und soweit sie nicht abseilbar sind, hiermit enteignet. Das Eigentum wird auf den Reichsmilitärfiskus übertragen.

Die Bereitstellungen sind an die Polizeiakademie, Mengstraße 4, abzuliefern.

Die Besitznehmer unterliegen alle nicht zur gewerblichen Fahrradherstellung vorhandenen Fahrraddräder und -Sättelnde die bis zum 12. August 1916 im Gebrauch standen oder für den Gebrauch bestimmt waren.

Wer dem Polizeiamt eine besondere Aufforderung zur Ablieferung erhalten hat, ist an die darin bezeichnete Ablieferungsstelle gebunden.

Sind eine solche Aufforderung bis zum 16. d. Monats nicht erhalten, so ist innerhalb der Ablieferung in der Zeit vom 19. bis zum 21. d. Monat nachmittags zwischen 5 Uhr und 6 Uhr zu bewirken.

Sobald werden zur Erforderung an die Polizeiakademie von Bezeichnung der eingemeldeten Ort und das Maßgebliche nach Fahrradbereifungen ausgesprochen werden:

- 1) am Sonntag, dem 25. d. Mon., bis mittags 12 Uhr von a) dem Polizeiaufen;
- b) einem am Sammelpunkt Waren in der Schlüterstraße Gekennzeichneten Unternehmer Schuhmeier;
- c) dem Gemeindepolizei-Rath in Wandsbek (die Wandsbek und Altonaerstr.);
- d) dem Gemeindebeamten Siemens in Gr.-Schleifstraße für Grün- und Blau-Schleifstraße und Stromal.;
- e) dem Gemeindebeamten Seelen in Eichstraße;
- f) dem Gemeindebeamten Stolze in Kreuz;
- g) dem Gemeindebeamten Röder in Hörde;
- h) am Dienstag, dem 27. d. Mon., bis mittags 12 Uhr von a) den Polizeibeamten mit Ausnahme des Kreis und Seelenser;
- b) bei e) der unter 1 b) bis e) bezeichneten Stellen;
- c) dem Gemeindebeamten Hödel in Schleswig.

Geocette Ablieferungsgelegenheiten nicht mehr gegeben werden.

Die Bereitstellungen werden sofort dem Polizeiamte durch einen der Namen angegeben. Dem Polizeiamt ist die Aussetzung beider gestattet.

Die Bereitstellungen der bereit die Reise oder die Gütekosten (nach dem Bericht der Postverwaltung einer anderen Städte) eingehenden Personen werden am Dienstag, dem 2. Februar 1917, nachmittags 5 Uhr abgezogen.

Die folgenden steht folgende Tabelle:

	Dreieck	Rechteck
Rechtecke	100	200
500	200	200
1000	150	150
2000	50	50

Die Kosten der Reise z. 1000 werden für unterrichtete Zettel und Schleife. Für Schleife durch Kosten ohne Kosten wird die Hälfte der obigen Summe berechnet. Überschreitende Kosten sind Schleife halb ihrer Kosten d. z. 500. Derartige Schleife gelten als überschreitend.

Die Kosten der Reise z. 1000 werden für unterrichtete Zettel und Schleife. Für Schleife durch Kosten ohne Kosten wird die Hälfte der obigen Summe berechnet. Überschreitende Kosten sind Schleife halb ihrer Kosten d. z. 500. Derartige Schleife gelten als überschreitend.

der Reichsamtzeitperiode ist daher ausgeschlossen. Streitigkeiten entscheiden das Polizeiamt endgültig.

IV.

Der vorgeschriebene Preis wird dem Ueberbringer gegen Empfangsbelehrmauer ausbezahlt. Bei Entwendung durch die Post oder die Postdienst (auch bei Vermittlung der Postzollbeamte oder anderer Stellen) wird der Preis dem Entender überlandt, wenn die Bereifungen zusammengefaßt und mit einem Papieretikett versehen sind, aus dem sich Name, Stand und Wohnung ergeben.

V.

Mit den Bereifungen sind die Kontrollnummern abzuliefern (falls mit ausnahmeweise eine Weiterverfügung des Fahrrades (etwa mit gummiloser Bereifung) stattfindet).

VI.

Wer der Verpflichtung, die enteigneten Gegenstände herauszugeben oder zu überbringen oder zu versenden, zum Zweck handelt, wird mit Gefangen bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu sechzig Mark bestraft, sofern nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen eine höhere Strafe verordnet ist (Verordn. d. Bundesrats vom 24. Juni 1915; R. G. Bl. S. 357, 345).

Geb. d. 10. Februar 1917.

die gewillt und nach ihren förmlichen Fähigkeiten geeignet sind, die betreffenden Obliegenheiten zu übernehmen, sich umgehend freiwillig melden.

Personen, die bereits in der Minenschiffahrt oder sonst im vaterländischen Hilfsdienst tätig sind, dürfen sich auf diesen Auftrag nicht melden.

Meldungen sind schriftlich unter kurzer Angabe der bisherigen Tätigkeit in oben bezeichneten Betrieben zu richten an die Kriegsamtsstelle Altona, Flottbeker Chaussee 99.

7397

Kriegsamtsstelle Altona.

Besloßt:  
Luise Wegener  
August Süke  
Alt-Mölln Lübeck  
St. Pansdorf.  
7395 Februar 1917.

Meiner werten Kundschaft  
zur gell. Kenntnahme,  
daß mein

Barbiere- u. Friseurstafft  
wieder dauernd geöffnet ist.  
Sigmund Vick,  
Stockelsdorf. (7398)

7396

Louise Puls geb. Dencker

In tiefer Trauer

einrich Puls.

Emmy u. Elriede Puls

Konrad Niessen u. Jylau

ab. Dencker, Copenhagen,

Leede, Geversdorff. 57, pt

Beerdigung Donnerstag

Beginn der Trauerritter

2½ Uhr in der Kapelle des

Vorwerter Friedhofes.

Suche für mutige Person  
einen Jacken Aufzug aus guter  
Hause. Angebote ant. F B 60  
an die Enged. d. Bl. (7392)

7391

Zu kaufen genutzt  
Gummistiefel, Schnüren,  
Eilen, Kapier, Zellulose,  
zu höchtem Lagespreis.

Karl Kleinfeld, Wallenhoffstr. 25.

Telephon 2430.

7392

Zu kaufen genutzt  
Gummistiefel, Schnüren,  
Eilen, Kapier, Zellulose,  
zu höchtem Lagespreis.

Karl Kleinfeld, Wallenhoffstr. 25.

Telephon 2430.

7393

Kaninchen

zu kaufen genutzt. Angebote mit

Preis und Gewicht erbeten un-

P 25 an die Enged. d. Bl. (7392)

7394

Huren-Reparaturen.

Billige Preise. (7390)

Gr. Auswahl in Wand-

Tisch-, Week- und

Taschenkästen.

Hermann Voß,

Uhrmacher, Böttcher. 21

7395

Stadttheater.

Täglich abends 7½ Uhr:

Eine lustige Doppel-Ehe.

Musik. Schwank von

Paul Lincke.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

Johannissstraße 46.

7396

Hansa-Theater.

Täglich abends 7½ Uhr:

Eine lustige Doppel-Ehe.

Musik. Schwank von

Paul Lincke.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

Johannissstraße 46.

7397

7398

England und die

Sperrung der See

Preis 20 Pig.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

Johannissstraße 46.

7399

7390

Hans-Theater.

Täglich abends 7½ Uhr:

Eine lustige Doppel-Ehe.

Musik. Schwank von

Paul Lincke.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

Johannissstraße 46.

7391

7392

7393

7394

7395

7396

7397

7398

7399

7400

7401

7402

7403

7404

7405

7406

7407

7408

7409

7410

7411

7412

7413

7414

7415

7416

## Arbeiterfragen vor dem Hilfsdienst-Ausschuss.

In der Sitzung vom Freitag kam es zunächst noch einmal zu einer Ausprägung über die Stellungnahme in der Baumwollindustrie. Kommerzienrat Friedrich vom Kriegsausschuss der deutschen Industrie berichtete über die Grundlagen für die Stellungnahme der Betriebe und wandte sich gegen den Wunsch des Hilfsdienstauschusses, bei der Zusammensetzung oder Stellungnahme von Betrieben unter Vorlegung des Materials gehörte zu werden. Der Ausschuss ließ keinen Zweifel darüber, daß er an seinem Wunsche unter allen Umständen festhalte.

Generalleutnant Gröner versprach Abhilfe. Die Einziehung von Wehrpflichtigen lediglich zur Beschäftigung bei Eisenbahnen ist nicht zulässig, wenn es sich nicht um einen momentanen Notstand handelt. In Preußen sollen die Staatsbetriebe nicht militarisiert werden. Der Reklamierte genießt den vollen Schutz des Hilfsdienstgesetzes; er muß aber zunächst an der Stelle bleiben, für die er beurlaubt ist. Dagegen steht einem Austausch dieser Arbeitskräfte nichts im Wege.

Unterstaatssekretär Richter erklärt, daß die Wahlordnung für die Arbeiterausschüsse am 22. Januar an die Bundesregierung erlassen worden sei.

In der Nachmitteilung wurden zunächst Erläuterungen gegeben über die Regelung des Arbeitsnachweises und über die Organisation der Frauennarbeit. Diese Gelegenheit benutzte der Abg. Ebert zu einer Anfrage, unter welchen Voraussetzungen Frauen in die Kriegsamtsstellen berufen würden; ferner ob diejenigen Referentinnen Freitags zur Seite stehen und ob bei der Auswahl der Frauen auch die Arbeiterinnen-Organisationen berücksichtigt worden sind. Von einem Vertreter des Kriegsministers wird erklärt, daß fast sämtliche Gewerkschaften mit herausgezogen wurden. Die Rietz-Ensinken hat das Kriegsamt auf Grund angestellter Erkundigungen herangezogen.

Generalleutnant Gröner versprach dann, daß das Kriegsamt die unter andern Voraussetzungen erteilte Zustimmung an den Beschlüssen der Baumwollindustriellen zurückgezogen habe. Abg. Bauer (Soz.) fordert noch mit ganz besonderem Nachdruck, daß nicht nur die Interessen der einzelnen Industrien, sondern auch die Vertreter der Arbeiter und Angestellten gehört werden müssen. In der Schuhindustrie ist es ganz ähnlich gemacht worden wie in der Baumwollindustrie; auch hier haben einzelne Unternehmer Beschlüsse gefasst und die Arbeiter völlig ausgeschaltet.

Generalleutnant Gröner berichtete dann über die bislangige Wirkung des Hilfsdienstgesetzes. Die Voraussetzungen haben sich etwas verschoben, denn die erhoffte Steigerung der Produktion litt unter den Verkehrsschwierigkeiten. Die Kriegsindustrie bedarf überdies der großen Arbeiterscharen doch nicht, sie hat im Gegenteil genügend Arbeitskräfte, wozu auch noch die große Reserve an weiblichen Arbeitskräften kommt. Anders steht es mit der Landwirtschaft; sie hat eine gewisse Abneigung gegen Hilfsdienstpflichtige aus der Stadt. Sie verspricht sich auch nicht viel von der Heranziehung der älteren Schüler. Die Dienstboten der Stadt sollen nach Möglichkeit bewogen werden, wieder aufs Land zurückzukehren, doch ist es nicht beabsichtigt, einen Zwang anzuwenden. Der Landflucht sei ein Riegel vorge schoben worden durch einen Aufruf, der dazu ermahnt, auf dem Lande zu bleiben. Insbesondere hat die Heeresverwaltung mit der Einführung Hilfsdienstpflichtiger in ihre Betriebe gute Resultate erzielt. Besonders trat dies zutage bei der Verwendung von Hilfsdienstpflichtigen in den besetzten Gebieten. Mit dem Verlusten der Arbeiter soll sehr vorsichtig verfahren werden, denn auch die Regierung hat nicht den Wunsch, daß Familien auseinander gerissen werden. Von großem Vorteil wäre es, wenn man etwa die arbeitslosen Textilarbeiter in die Landwirtschaft überführen könnte, wenn auch nicht bekannt werden kann, daß dem bestimmten Schwierigkeiten entgegenstehen. Die Verbringung von Arbeitern zu den Arbeitslosen steht auf erhebliche Schwierigkeiten. Misgriffe bei der Anwendung des Gesetzes sollen nach Möglichkeit vermieden werden, ganz vermeiden kann man sie nicht.

Abg. Gröber (Zentr.) fordert Maßnahmen gegen Unternehmer, die anderen Unternehmern durch Lohnabreiche die Arbeiter abspenstig machen. Das Rechtsverhältnis der Reklamieren sei nicht übereinstimmend mit dem der Hilfsdienstpflichtigen.

Generalleutnant Gröner bestätigt, daß solche Dinge vorkommen. Die Reklamierten haben natürlich den Wunsch, möglichst in ihre Heimat zu kommen. Hauptfach ist und bleibt, daß der Tüchtige an die richtige Stelle kommt und seinen Fähigkeiten entsprechend verwendet wird. Wenn dadurch ein rächerer Wechsel eintritt, so ist das unbedenklich, nur die Produktion darf nicht darunter leiden.

Abg. Bauer gibt zu, daß einzelne Unternehmer Arbeiter abspenstig machen. Die Gewerkschaften verurteilen das; aber man darf nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Die Reklamierten stehen den Hilfsdienstpflichtigen auf alle Fälle gleich.

Erschaulich ist, daß Generalleutnant Gröner durch einen Erlass das befreit hat. Nach diesem Erlass sollen also die Reklamierten die Arbeit auf Werken und in Eisenbahnbetrieben nicht mehr verlassen dürfen. Gerade in diesen Betrieben aber werden oft sehr schlechte Löhne gezahlt. Auf das Geschrei der Unternehmer braucht nicht soviel Rücksicht genommen zu werden. Soldaten dürfen nicht zwangsweise in solche Stellung geschoben werden, die sie als freie Arbeiter niemals annehmen würden. Man zieht heute Tausende Wehrpflichtiger ein, und überweist sie sofort statthaften Betrieben. Redner illustriert das an einer ganzen Reihe von überaus traurigen Beispielen. Man darf die Leute nicht zwingen, zu Hungertönen in den Eisenbahnbetrieben zu arbeiten. Redner fragt dann, wann endlich die Wahlordnungen für die Arbeiterausschüsse erscheinen. Seit zwei Monaten ist das Gesetz in Kraft und die Arbeiterausschüsse sind noch nicht ge-

kommen. Die Reklamierten fordern Maßnahmen gegen Unternehmer, die anderen Unternehmern durch Lohnabreiche die Arbeiter abspenstig machen. Das Rechtsverhältnis der Reklamierten sei nicht übereinstimmend mit dem der Hilfsdienstpflichtigen.

Generalleutnant Gröner bestätigt, daß solche Dinge vorkommen. Die Reklamierten haben natürlich den Wunsch, möglichst in ihre Heimat zu kommen. Hauptfach ist und bleibt, daß der Tüchtige an die richtige Stelle kommt und seinen Fähigkeiten entsprechend verwendet wird. Wenn dadurch ein rächerer Wechsel eintritt, so ist das unbedenklich, nur die Produktion darf nicht darunter leiden.

Abg. Bauer gibt zu, daß einzelne Unternehmer Arbeiter abspenstig machen. Die Gewerkschaften verurteilen das; aber man darf nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Die Reklamierten stehen den Hilfsdienstpflichtigen auf alle Fälle gleich.

Erschaulich ist, daß Generalleutnant Gröner durch einen Erlass das befreit hat. Nach diesem Erlass sollen also die Reklamierten die Arbeit auf Werken und in Eisenbahnbetrieben nicht mehr verlassen dürfen. Gerade in diesen Betrieben aber werden oft sehr schlechte Löhne gezahlt. Auf das Geschrei der Unternehmer braucht nicht soviel Rücksicht genommen zu werden. Soldaten dürfen nicht zwangsweise in solche Stellung geschoben werden, die sie als freie Arbeiter niemals annehmen würden. Man zieht heute Tausende Wehrpflichtiger ein, und überweist sie sofort statthaften Betrieben. Redner illustriert das an einer ganzen Reihe von überaus traurigen Beispielen. Man darf die Leute nicht zwingen, zu Hungertönen in den Eisenbahnbetrieben zu arbeiten. Redner fragt dann, wann endlich die Wahlordnungen für die Arbeiterausschüsse erscheinen. Seit zwei Monaten ist das Gesetz in Kraft und die Arbeiterausschüsse sind noch nicht ge-

kommen. Die Reklamierten fordern Maßnahmen gegen Unternehmer, die anderen Unternehmern durch Lohnabreiche die Arbeiter abspenstig machen. Das Rechtsverhältnis der Reklamierten sei nicht übereinstimmend mit dem der Hilfsdienstpflichtigen.

Generalleutnant Gröner bestätigt, daß solche Dinge vorkommen. Die Reklamierten haben natürlich den Wunsch, möglichst in ihre Heimat zu kommen. Hauptfach ist und bleibt, daß der Tüchtige an die richtige Stelle kommt und seinen Fähigkeiten entsprechend verwendet wird. Wenn dadurch ein rächerer Wechsel eintritt, so ist das unbedenklich, nur die Produktion darf nicht darunter leiden.

Abg. Bauer gibt zu, daß einzelne Unternehmer Arbeiter abspenstig machen. Die Gewerkschaften verurteilen das; aber man darf nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Die Reklamierten stehen den Hilfsdienstpflichtigen auf alle Fälle gleich.

Erschaulich ist, daß Generalleutnant Gröner durch einen Erlass das befreit hat. Nach diesem Erlass sollen also die Reklamierten die Arbeit auf Werken und in Eisenbahnbetrieben nicht mehr verlassen dürfen. Gerade in diesen Betrieben aber werden oft sehr schlechte Löhne gezahlt. Auf das Geschrei der Unternehmer braucht nicht soviel Rücksicht genommen zu werden. Soldaten dürfen nicht zwangsweise in solche Stellung geschoben werden, die sie als freie Arbeiter niemals annehmen würden. Man zieht heute Tausende Wehrpflichtiger ein, und überweist sie sofort statthaften Betrieben. Redner illustriert das an einer ganzen Reihe von überaus traurigen Beispielen. Man darf die Leute nicht zwingen, zu Hungertönen in den Eisenbahnbetrieben zu arbeiten. Redner fragt dann, wann endlich die Wahlordnungen für die Arbeiterausschüsse erscheinen. Seit zwei Monaten ist das Gesetz in Kraft und die Arbeiterausschüsse sind noch nicht ge-

kommen. Die Reklamierten fordern Maßnahmen gegen Unternehmer, die anderen Unternehmern durch Lohnabreiche die Arbeiter abspenstig machen. Das Rechtsverhältnis der Reklamierten sei nicht übereinstimmend mit dem der Hilfsdienstpflichtigen.

Generalleutnant Gröner bestätigt, daß solche Dinge vorkommen. Die Reklamierten haben natürlich den Wunsch, möglichst in ihre Heimat zu kommen. Hauptfach ist und bleibt, daß der Tüchtige an die richtige Stelle kommt und seinen Fähigkeiten entsprechend verwendet wird. Wenn dadurch ein rächerer Wechsel eintritt, so ist das unbedenklich, nur die Produktion darf nicht darunter leiden.

Abg. Bauer gibt zu, daß einzelne Unternehmer Arbeiter abspenstig machen. Die Gewerkschaften verurteilen das; aber man darf nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Die Reklamierten stehen den Hilfsdienstpflichtigen auf alle Fälle gleich.

Erschaulich ist, daß Generalleutnant Gröner durch einen Erlass das befreit hat. Nach diesem Erlass sollen also die Reklamierten die Arbeit auf Werken und in Eisenbahnbetrieben nicht mehr verlassen dürfen. Gerade in diesen Betrieben aber werden oft sehr schlechte Löhne gezahlt. Auf das Geschrei der Unternehmer braucht nicht soviel Rücksicht genommen zu werden. Soldaten dürfen nicht zwangsweise in solche Stellung geschoben werden, die sie als freie Arbeiter niemals annehmen würden. Man zieht heute Tausende Wehrpflichtiger ein, und überweist sie sofort statthaften Betrieben. Redner illustriert das an einer ganzen Reihe von überaus traurigen Beispielen. Man darf die Leute nicht zwingen, zu Hungertönen in den Eisenbahnbetrieben zu arbeiten. Redner fragt dann, wann endlich die Wahlordnungen für die Arbeiterausschüsse erscheinen. Seit zwei Monaten ist das Gesetz in Kraft und die Arbeiterausschüsse sind noch nicht ge-

kommen. Die Reklamierten fordern Maßnahmen gegen Unternehmer, die anderen Unternehmern durch Lohnabreiche die Arbeiter abspenstig machen. Das Rechtsverhältnis der Reklamierten sei nicht übereinstimmend mit dem der Hilfsdienstpflichtigen.

Generalleutnant Gröner bestätigt, daß solche Dinge vorkommen. Die Reklamierten haben natürlich den Wunsch, möglichst in ihre Heimat zu kommen. Hauptfach ist und bleibt, daß der Tüchtige an die richtige Stelle kommt und seinen Fähigkeiten entsprechend verwendet wird. Wenn dadurch ein rächerer Wechsel eintritt, so ist das unbedenklich, nur die Produktion darf nicht darunter leiden.

Abg. Bauer gibt zu, daß einzelne Unternehmer Arbeiter abspenstig machen. Die Gewerkschaften verurteilen das; aber man darf nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Die Reklamierten stehen den Hilfsdienstpflichtigen auf alle Fälle gleich.

Erschaulich ist, daß Generalleutnant Gröner durch einen Erlass das befreit hat. Nach diesem Erlass sollen also die Reklamierten die Arbeit auf Werken und in Eisenbahnbetrieben nicht mehr verlassen dürfen. Gerade in diesen Betrieben aber werden oft sehr schlechte Löhne gezahlt. Auf das Geschrei der Unternehmer braucht nicht soviel Rücksicht genommen zu werden. Soldaten dürfen nicht zwangsweise in solche Stellung geschoben werden, die sie als freie Arbeiter niemals annehmen würden. Man zieht heute Tausende Wehrpflichtiger ein, und überweist sie sofort statthaften Betrieben. Redner illustriert das an einer ganzen Reihe von überaus traurigen Beispielen. Man darf die Leute nicht zwingen, zu Hungertönen in den Eisenbahnbetrieben zu arbeiten. Redner fragt dann, wann endlich die Wahlordnungen für die Arbeiterausschüsse erscheinen. Seit zwei Monaten ist das Gesetz in Kraft und die Arbeiterausschüsse sind noch nicht ge-

kommen. Die Reklamierten fordern Maßnahmen gegen Unternehmer, die anderen Unternehmern durch Lohnabreiche die Arbeiter abspenstig machen. Das Rechtsverhältnis der Reklamierten sei nicht übereinstimmend mit dem der Hilfsdienstpflichtigen.

Generalleutnant Gröner bestätigt, daß solche Dinge vorkommen. Die Reklamierten haben natürlich den Wunsch, möglichst in ihre Heimat zu kommen. Hauptfach ist und bleibt, daß der Tüchtige an die richtige Stelle kommt und seinen Fähigkeiten entsprechend verwendet wird. Wenn dadurch ein rächerer Wechsel eintritt, so ist das unbedenklich, nur die Produktion darf nicht darunter leiden.

Abg. Bauer gibt zu, daß einzelne Unternehmer Arbeiter abspenstig machen. Die Gewerkschaften verurteilen das; aber man darf nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Die Reklamierten stehen den Hilfsdienstpflichtigen auf alle Fälle gleich.

Erschaulich ist, daß Generalleutnant Gröner durch einen Erlass das befreit hat. Nach diesem Erlass sollen also die Reklamierten die Arbeit auf Werken und in Eisenbahnbetrieben nicht mehr verlassen dürfen. Gerade in diesen Betrieben aber werden oft sehr schlechte Löhne gezahlt. Auf das Geschrei der Unternehmer braucht nicht soviel Rücksicht genommen zu werden. Soldaten dürfen nicht zwangsweise in solche Stellung geschoben werden, die sie als freie Arbeiter niemals annehmen würden. Man zieht heute Tausende Wehrpflichtiger ein, und überweist sie sofort statthaften Betrieben. Redner illustriert das an einer ganzen Reihe von überaus traurigen Beispielen. Man darf die Leute nicht zwingen, zu Hungertönen in den Eisenbahnbetrieben zu arbeiten. Redner fragt dann, wann endlich die Wahlordnungen für die Arbeiterausschüsse erscheinen. Seit zwei Monaten ist das Gesetz in Kraft und die Arbeiterausschüsse sind noch nicht ge-

kommen. Die Reklamierten fordern Maßnahmen gegen Unternehmer, die anderen Unternehmern durch Lohnabreiche die Arbeiter abspenstig machen. Das Rechtsverhältnis der Reklamierten sei nicht übereinstimmend mit dem der Hilfsdienstpflichtigen.

Generalleutnant Gröner bestätigt, daß solche Dinge vorkommen. Die Reklamierten haben natürlich den Wunsch, möglichst in ihre Heimat zu kommen. Hauptfach ist und bleibt, daß der Tüchtige an die richtige Stelle kommt und seinen Fähigkeiten entsprechend verwendet wird. Wenn dadurch ein rächerer Wechsel eintritt, so ist das unbedenklich, nur die Produktion darf nicht darunter leiden.

Abg. Bauer gibt zu, daß einzelne Unternehmer Arbeiter abspenstig machen. Die Gewerkschaften verurteilen das; aber man darf nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Die Reklamierten stehen den Hilfsdienstpflichtigen auf alle Fälle gleich.

Erschaulich ist, daß Generalleutnant Gröner durch einen Erlass das befreit hat. Nach diesem Erlass sollen also die Reklamierten die Arbeit auf Werken und in Eisenbahnbetrieben nicht mehr verlassen dürfen. Gerade in diesen Betrieben aber werden oft sehr schlechte Löhne gezahlt. Auf das Geschrei der Unternehmer braucht nicht soviel Rücksicht genommen zu werden. Soldaten dürfen nicht zwangsweise in solche Stellung geschoben werden, die sie als freie Arbeiter niemals annehmen würden. Man zieht heute Tausende Wehrpflichtiger ein, und überweist sie sofort statthaften Betrieben. Redner illustriert das an einer ganzen Reihe von überaus traurigen Beispielen. Man darf die Leute nicht zwingen, zu Hungertönen in den Eisenbahnbetrieben zu arbeiten. Redner fragt dann, wann endlich die Wahlordnungen für die Arbeiterausschüsse erscheinen. Seit zwei Monaten ist das Gesetz in Kraft und die Arbeiterausschüsse sind noch nicht ge-

kommen. Die Reklamierten fordern Maßnahmen gegen Unternehmer, die anderen Unternehmern durch Lohnabreiche die Arbeiter abspenstig machen. Das Rechtsverhältnis der Reklamierten sei nicht übereinstimmend mit dem der Hilfsdienstpflichtigen.

Generalleutnant Gröner bestätigt, daß solche Dinge vorkommen. Die Reklamierten haben natürlich den Wunsch, möglichst in ihre Heimat zu kommen. Hauptfach ist und bleibt, daß der Tüchtige an die richtige Stelle kommt und seinen Fähigkeiten entsprechend verwendet wird. Wenn dadurch ein rächerer Wechsel eintritt, so ist das unbedenklich, nur die Produktion darf nicht darunter leiden.

Abg. Bauer gibt zu, daß einzelne Unternehmer Arbeiter abspenstig machen. Die Gewerkschaften verurteilen das; aber man darf nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Die Reklamierten stehen den Hilfsdienstpflichtigen auf alle Fälle gleich.

Erschaulich ist, daß Generalleutnant Gröner durch einen Erlass das befreit hat. Nach diesem Erlass sollen also die Reklamierten die Arbeit auf Werken und in Eisenbahnbetrieben nicht mehr verlassen dürfen. Gerade in diesen Betrieben aber werden oft sehr schlechte Löhne gezahlt. Auf das Geschrei der Unternehmer braucht nicht soviel Rücksicht genommen zu werden. Soldaten dürfen nicht zwangsweise in solche Stellung geschoben werden, die sie als freie Arbeiter niemals annehmen würden. Man zieht heute Tausende Wehrpflichtiger ein, und überweist sie sofort statthaften Betrieben. Redner illustriert das an einer ganzen Reihe von überaus traurigen Beispielen. Man darf die Leute nicht zwingen, zu Hungertönen in den Eisenbahnbetrieben zu arbeiten. Redner fragt dann, wann endlich die Wahlordnungen für die Arbeiterausschüsse erscheinen. Seit zwei Monaten ist das Gesetz in Kraft und die Arbeiterausschüsse sind noch nicht ge-

kommen. Die Reklamierten fordern Maßnahmen gegen Unternehmer, die anderen Unternehmern durch Lohnabreiche die Arbeiter abspenstig machen. Das Rechtsverhältnis der Reklamierten sei nicht übereinstimmend mit dem der Hilfsdienstpflichtigen.

Generalleutnant Gröner bestätigt, daß solche Dinge vorkommen. Die Reklamierten haben natürlich den Wunsch, möglichst in ihre Heimat zu kommen. Hauptfach ist und bleibt, daß der Tüchtige an die richtige Stelle kommt und seinen Fähigkeiten entsprechend verwendet wird. Wenn dadurch ein rächerer Wechsel eintritt, so ist das unbedenklich, nur die Produktion darf nicht darunter leiden.

Abg. Bauer gibt zu, daß einzelne Unternehmer Arbeiter abspenstig machen. Die Gewerkschaften verurteilen das; aber man darf nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Die Reklamierten stehen den Hilfsdienstpflichtigen auf alle Fälle gleich.

Erschaulich ist, daß Generalleutnant Gröner durch einen Erlass das befreit hat. Nach diesem Erlass sollen also die Reklamierten die Arbeit auf Werken und in Eisenbahnbetrieben nicht mehr verlassen dürfen. Gerade in diesen Betrieben aber werden oft sehr schlechte Löhne gezahlt. Auf das Geschrei der Unternehmer braucht nicht soviel Rücksicht genommen zu werden. Soldaten dürfen nicht zwangsweise in solche Stellung geschoben werden, die sie als freie Arbeiter niemals annehmen würden. Man zieht heute Tausende Wehrpflichtiger ein, und überweist sie sofort statthaften Betrieben. Redner illustriert das an einer ganzen Reihe von überaus traurigen Beispielen. Man darf die Leute nicht zwingen, zu Hungertönen in den Eisenbahnbetrieben zu arbeiten. Redner fragt dann, wann endlich die Wahlordnungen für die Arbeiterausschüsse erscheinen. Seit zwei Monaten ist das Gesetz in Kraft und die Arbeiterausschüsse sind noch nicht ge-

kommen. Die Reklamierten fordern Maßnahmen gegen Unternehmer, die anderen Unternehmern durch Lohnabreiche die Arbeiter abspenstig machen. Das Rechtsverhältnis der Reklamierten sei nicht übereinstimmend mit dem der Hilfsdienstpflichtigen.

Generalleutnant Gröner bestätigt, daß solche Dinge vorkommen. Die Reklamierten haben natürlich den Wunsch, möglichst in ihre Heimat zu kommen. Hauptfach ist und bleibt, daß der Tüchtige an die richtige Stelle kommt und seinen Fähigkeiten entsprechend verwendet wird. Wenn dadurch ein rächerer Wechsel eintritt, so ist das unbedenklich, nur die Produktion darf nicht darunter leiden.

Abg. Bauer gibt zu, daß einzelne Unternehmer Arbeiter abspenstig machen. Die Gewerkschaften verurteilen das; aber man darf nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Die Reklamierten stehen den Hilfsdienstpflichtigen auf alle Fälle gleich.

Erschaulich ist, daß Generalleutnant Gröner durch einen Erlass das befreit hat. Nach diesem Erlass sollen also die Reklamierten die Arbeit auf Werken und in Eisenbahnbetrieben nicht mehr verlassen dürfen. Gerade in diesen Betrieben aber werden oft sehr schlechte Löhne gezahlt. Auf das Geschrei der Unternehmer braucht nicht soviel Rücksicht genommen zu werden. Soldaten dürfen nicht zwangsweise in solche Stellung geschoben werden, die sie als freie Arbeiter niemals annehmen würden. Man zieht heute Tausende Wehrpflichtiger ein, und überweist sie sofort statthaften Betrieben. Redner illustriert das an einer ganzen Reihe von überaus traurigen Beispielen. Man darf die Leute nicht zwingen, zu Hungertönen in den Eisenbahnbetrieben zu arbeiten. Redner fragt dann, wann endlich die Wahlordnungen für die Arbeiterausschüsse erscheinen. Seit zwei Monaten ist das Gesetz in Kraft und die Arbeiterausschüsse sind noch nicht ge-

kommen. Die Reklamierten fordern Maßnahmen gegen Unternehmer, die anderen Unternehmern durch Lohnabreiche die Arbeiter abspenstig machen. Das Rechtsverhältnis der Reklamierten sei nicht übereinstimmend mit dem der Hilfsdienstpflichtigen.

Generalleutnant Gröner bestätigt, daß solche Dinge vorkommen. Die Reklamierten haben natürlich den Wunsch, möglichst in ihre Heimat zu kommen. Hauptfach ist und bleibt, daß der Tüchtige an die richtige

## Gewerkschaftsbewegung

Die Großeinzelns-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg (GEG) hat eine Serie von fünf Ansichtspostkarten herausgebracht, die einige ihrer Fabrikbetriebe darstellen: die Seifenfabriken in Gröba-Riesa und Düsseldorf, die Teigwarenfabrik in Gröba-Riesa und die Zigarrenfabriken in Frankenbergs und Hohenheim. Die stattlichen Bauten dienen, gleich den übrigen Fabriken der GEG, Zwecken der Eigenproduktion. Errichtet aus Mitteln der Konsumvereinsmitglieder, bieten sie Raum für zweitausend Arbeiter und haben im vergangenen Jahre für 26 Millionen Mark Waren geliefert, während die Gesamtproduktion der Eigenbetriebe der GEG sich 1916 auf mehr als 30 Millionen Mark belief. Das ist zwar nur erst ein ganz kleiner Teil der in Deutschland angefertigten Waren, aber doch immerhin schon eine stattliche Menge, und neunmal soviel als im Jahre 1910. Die Konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion zeigt also ein Wachstum, das zu weitgehenden Zukunftshoffnungen berechtigt. Sie zeigt, was geleistet werden kann, wenn viele noch so schwache Einzelmüchte zusammenwirken. Durch den Krieg in ihrer natürlichen Entwicklung beeinträchtigt, wird sie in ruhigen Zeiten von neuem einen starken Aufschwung nehmen.

Aus Nah und Fern.

**Opfer der Kälte.** In Schlesien hat die jetzige Kälte-  
periode bisher fünfzehn Opfer gefordert. Es handelt sich  
zumeist um ältere Personen, die unheimwegs ermüdeten oder ver-  
eaglückten und dann den Tod fanden.

**Eine Kiste mit 41 000 M.** gestohlen. Aus Hannover wird berichtet: Der frühere Kurierer und Arbeiter Joachim Paul Viecht, der als Aushilfsposition bei der Posthalterei in Hannover beschäftigt war, ist dringend verübtig, am 5. Februar um 7 Uhr abends auf dem Dose des Postamtes 11 in Hannover eine Kiste mit 41 000 M. gestohlen zu haben. Auf die Erforschung des Flüchtigen und Wiederherbeischaffung des Geldes hat die hannoversche Oberpostdirektion eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

**Ein Gefängnis wegen Stohlenmangels geschlossen.** Eine eigenartige Folge hat der Krieg und der Mangel an Stohlen in Bözenig gehabt. Dort ist wegen der Schwierigkeiten in der Herstellung von Steinmaterial das Gerichtsgefängnis geschlossen worden. Die 15 Anstalten des Gefängnisses wurden Berliner Strafanstalten zugeführt.

**Eine Eishamsterin im großen.** Eine bei der Fisch- und Schüsseihändlerin Barbara Oswald in Roding (Obfr.) vorgenommene Haustierzuchung förderte die unfehlbare Menge von rund 37 000 Stück Schaffellen zurage, die sie offenbar zurückgehalten hat, um höchste Preise zu erzielen.

**Eisenbahnsuizie in Nagau.** In der Gemeinfung der Strecke zwischen Salatschule und Nagau liegen im höchsten Nebel zwei elektroförmige Wagen der Budapesti Gotelsbahnen zusammen, wobei drei Personen schwer und 15 leicht verletzt wurden. Auf den beiden Stellen ereignete sich ein zweiter Unfall, als ein zu Hilfe stehender Hilfszug infolge rasender Schnelltofe nicht rechtzeitig zum Stehen gebracht werden konnte und läudmäte amole auf dem Gefüle Riebenden Wagen Ladeinfuß. Sieben Personen des Hilfszuges wurden leicht verletzt.

Zumachen. Von Grey wurden die Landespolizei- und  
Justizveterinär Josef Peter, Organisator einer Fleischversorgungs-  
genossenschaft in Steiermark, Gründer des Steiermärkischen Fleischver-  
triebs- und Fleischgesetzgebungsbundes, und Otto Stenzl, einer bei  
verschiedenen Gelegenheiten der Fleischgesetzgebung beteiligte  
Person. Wie die Wiener „Fleischzeitung“ berichtet, stehen  
die ehemaligen Beteiligten mit einem im Schloss in  
Wölfnitz, direkt Wied an der Mur, entdeckten Schwindel zu-  
ammen, wo ein Lager von mehr als 17.000 Säcken am  
letzten, genannten Abend des Schweinefressens aufgefunden  
wurde, was zu einer Verarbeitung reichen läßt. Der  
Vorsteher dieser Gesellschaft und Fleischhauer war durch Befehl  
ausgestoßen der österreichischen Fleischvertragsgemeinschaft erlaubt worden,  
die nun auch für gefährlich hält. Zugleich hat die öst. Fleisch-  
gesetzgebung das die Fleischgesetzgebung nicht mehr mit dem Wiener  
Fleischgesetz aufzuteilen und die Fleischvertragsgemeinschaften in Österreich eingesetzte.

**Die Gewichtsreise von Samischella.** Nach der Menge wiederholter Niederschläge muss man vermuten, dass die Erdbebenwelle, welche auf Samischella einen ganz ungewöhnlichen Verlust erlitten haben muss, vielleicht eine der stärksten in den Jahren bekannter geologischer Umwälzungen bedeutet. Die polnische Samischella, die vom Goldsandboden ihres eiszeitlichen Beckens bestimmt, unterteilt eine Höhenlinie Quadrat-Kometen. In dem einen Sockelgebiete bei der scheinlich ein großer Teil des Beckens ins Meer gesunken ist, wo die Sedimente

## In Russland und Frankreich.

Sie erhalten von einem jungen Paderborner Geschleter aus dem  
Reich eines Schriftstellers:

Seit über Jahrzehnte ist die der Brüder von St. Ignatius nachgegangen. Sie sind wichtige Auswanderer und so in fast allen Ländern weltweit. Die Brüder sind Missionare für andere Religionen. Heute kommen sie nicht nur von unzähligen unterschiedlichen Ländern des Weltalls, auch Katholiken kommen aus ganz Europa, Asien, Süd- und Südostasien, aus Afrika und Südamerika. Sie bringen die Guten Worte mit.

Die Feuerwehr und Bergwacht sind zu beiden Ereignissen  
aufgerufen und am 20. Juli auf Kosten gesammelt. Ein Berg-  
wacht ist einer von den zwei nach einer schweren Sturz verletzte  
en Männer aus dem kleinen Berge die am frühen Morgen auf  
einem Bergwanderweg durch Unfallverhüllungen und das Gelände  
an die beiden kleinen Seen gestürzt war. Dieser ist jedoch

Die Wissenschaften sind die einzigen Dinge, die im Sommer  
die Welt mit dem Glanze des Friedens, wenn wir nicht  
die politischen Gewaltigkeiten der kleinen Parteien in die  
Sonne holen, werden wir die Seele sehr schnell erneuern. Das  
ist eine Lehre, welche wir dem weltberühmten Theologen  
Luther haben, der uns über die alten Zeiten schreibt. Das ist die  
Lehre, welche Luther in seiner Predigt über das ewige  
Leben schreibt, und die Seele wird sich dann wieder so  
erneuern, wie sie es zuvor gewesen ist. Das ist eine Lehre,  
die wir alle als Christen zu verstehen haben. Es ist eine Lehre,  
die wir alle als Christen zu verstehen haben. Es ist eine Lehre,

melden, als ein ganz außerordentlicher Vorgang erscheine müßte. Das Land wird im Westen vom Ochotskischen, im Osten vom Bering-Meer bespült; seine Südspitze erreicht ungefähr die 51. Grad nördlicher Breite. Kamtschatka ist von nord-südlich verlaufenden Gebirgszügen durchzogen, die sich geologisch als die Fortsetzung der japanischen Gebirge darstellen; zwischen beiden Gebirgsgruppen stellt die Inselreihe der Kurilen eine Verbindung dar. Die Gebirge auf Kamtschatka erreichen die größte Höhe im Osten, wo eine Reihe von zwölf noch tätigen und nahezu 30 erloschenen Vulkanen bis über die Höhe des Montblanc hinaus ansteigen. Infolge dieser ungemein starken vulkanischen Natur des Landes sind die Erdbeben, die ja auch Japan immer wieder heimsuchen, auf Kamtschatka eine alljährliche Erscheinung. Das Klima der Halbinsel Kamtschatka ist sehr hart, obwohl der südliche Teil des Landes in einer Breite liegt, die etwa Norddeutschlands entspricht. Daher ist auch die Bevölkerung außerordentlich dünn. Die Zahl der Eingeborenen, die vielleicht früher etwas höher gewesen sein mag, ist durch Alkohol und Syphilis auf wenige Tausend zusammengeschmolzen. Der wichtigste Stamm sind die Kamtschataken, ein zur orthodoxen Kirche bekehrtes mongoloides Volk. Die Zahl der ansässigen Russen ist nicht genau bekannt, dürfte aber ebensfalls nur wenige Tausend überstehen, obwohl die Kosaken, die Sibirien fast ohne Widerstand besetzten, schon zu Ende des 17. Jahrhunderts bei Kamtschatka an der Stillen Ozean vorstiegen und im Jahre 1696 auf der Halbinsel die erste stadtähnliche Siedlung angelegt haben.

## Die Eisblodade.

Aus dem Norden wird der „Frankf. Ztg.“ vom 7. Februar geschrieben: Die unerhörte Kälte der letzten Tage hat die nordanischen Gewässer in den dänischen, schwedischen und norwegischen Gebieten in große Eiswüsten verwandelt; Packeis und Treibeis machen fast den gesamten Schiffsverkehr unmöglich. Dänemark ist von der Nord- und Ostseite vereist. Der Kopenhagener Sund zwischen der dänischen Insel Seeland und Schonen ist eine einzige Eissfläche, nach den Inseln Saltholm und Amager ist jeder Schiffsverkehr unmöglich. Nordwärts von Helsingör und Helsingborg hat sich schweres Packeis aufgetürmt, dadurch ist der Zugang zum Kattegatt versperrt, südwärts treiben müttig Eiszörper und Drachen, die nach vermeintlich schwimmenden

Eisbässen und drohen die noch vereinzelt fahrenden großen Dampfer zu zerdrücken. Das Kattegatt ist in den dänischen und schwedischen Küstengebieten vollständig zugestorben, selbst bis weit Mitte nach Richtung Insel Amholt, nach der sich große Eisbrecher den Weg durch das Festeis bahnen. Die dänischen Städte Fredericia und Slagelse an der Nordspitze Dänemarks sind von der Seeseite nicht mehr zu erreichen; um Slagense herum treiben starke Eisgang vom Skagerrak ins Kattegatt, hoch aufgetürmt Eisbässen steuern nach Süden. Die Schifffahrt nach Gjedser dürfte in den nächsten Stunden ebenfalls eingestellt werden, da sie von dem nordwärts kommenden Treibeis bedroht ist. Der große Welt ist nach Norden zu in eine einzige Eissfläche verwandelt, über die riesige Scharen nördlicher Vögel gen Süden ziehen. Schwere Gefahr besteht für die dänische Insel Læsø im nördlichen Kattegatt. Schwarzes Radetz, das von Nordjütland aus zur Insel steht, macht schon seit acht Tagen jeden Verkehr mit den Inselbewohnern unmöglich: sie sind von jedem Verkehr und von aller Zufahrt an Nachtmitteln vollständig abgeschnitten. Es fehlt ihnen an Lebensmitteln und an Feuerung, kein Lebensmittel kommt von ihnen an die südländische Küste herüber. Die Lage der Inselbewohner ist äußerst kritisch und soll darum durch Eisbrecher der Versuch gemacht werden, sich einen Weg durch das Radetz zu ihnen zu bahnen. Misserfolgt der Versuch, dann wird sich eine Katastrophe auf Læsø ereignen; auch auf dem weit in Wege von der schwedischen Küste kann den Inselbewohnern keine Hilfe gebracht werden. Die starke Kälte dauert bei geschäftiger, ja zölliger Windstille, die das Eis sich legen und aufrütteln lässt, unvermindert an.

Ans Kopenhagen, dem 9. Februar wird gemeldet: Die Eispladade wird immer drückender fühltbar. Viele Dampfschiffsrouten müssen eingestellt werden, im Sund sind unaufhörlich Eisbrecher an der Arbeit, viele Dampfer sind eingekroten. Die Verbindung mit der fürtändischen Provinz auf dem Seeweg ist sozusagen völlig eingestellt. Die Verbindung mit Bornholm ist nur bei Sonnenuntergang möglich.

Hoffentlich bringt das jetzt eingetretene Tauwetter den vom  
Herrn Bedrängten baldigst die dringend notwendige Hilfe.

Theater und Musit.

**Stadttheater.** „Lara, die Geschichte einer Liebe“ in drei Aufzügen von Carl Wagner. Daß ein ausgezeichneter Schauspieler nur selten ein gleichwertiger dramatischer Schriftsteller ist, kann wohl als eine feststehende Tatsache bezeichnet werden. Herr Carl Wagner ein sehr bestechendes Mitglied des deut-

jönen Schauspielhauses in Hamburg, bestätigt diese Regel mit seiner „Lara“. Natürlich spielt die „Geschichte einer Liebe“ in Künstlerkreisen. Der Held ist ein großer Klaviervirtuose, dessen ergrautes Haar zu dem jugendlichen Feuer seiner Seele in scharfem Kontrast steht. Und die verspätete Liebe des alternden Mannes fällt auf seine junge schöne Schülerin, die sie schwärmerisch erwidert. Jedoch die Eltern des Mädchens — der Vater ein Kaufmann ohne Ideale, mit großem Geldsack, und eine entsprechende Mutter — wollen von dieser Geschichte nichts wissen; zumal sie schon eine andere nach ihren Begriffen solide Partie für ihre Tochter ausgesucht haben. Schließlich, noch mancherlei nicht ganz klaren Szenen, macht Lara ihrem Geliebten den Vorschlag, gemeinsam mit ihm zu sterben. Doch dieser nimmt allein den Todestrunk und scheidet mit einer schönen, langen an Lara gerichteten Arie, wie Violetta in der „Traviata“, aus dem Leben. Lara wird nun wahrscheinlich in nicht allzuferner Zeit die ehrbare Gattin eines ehrbaren Kaufmannes und dürfte dann diese Geschichte einer Liebe zu den Jugendthorheiten rechnen, von denen man später nicht gerne mehr spricht. Es ist möglich, daß Herr Wagner selbst innerlich das erlebt hat, was sein Klavierkünstler in dem Stück empfindet; erfreulicherweise hat er aber darauf verzichtet, so zu enden wie jener. Dafür hat er aber der Weltwelt seine „Lara“ geschenkt. Diese Liebesgeschichte ist ein Drama, in dem uns echte Tragik erschüttert. Auch die von ihrem Verfasser gezeichneten Charaktere sind ziemlich blutleer geraten. Wenn auch einzelne Szenen nicht ohne Spannung und Wirkung sind, so zieht doch das Ganze an dem Zuschauer vorüber, ohne tieferes Interesse zu erwecken. Ja, manchmal stellte die Langeweile sich als ungebetener Guest ein. Die Sprache ist nicht ohne Schwung und manche gute Bemerkung ist Herrn Wagner gegliedert. Dass der Verfasser selbst der beste Vertreter seines Helden sein würde, war anzunehmen. Carl Wagner lebte hier gestern diese Rolle; er suchte sie mit seinem Temperament in seiner reifen Künstlerschaft überzeugend zu gestalten. Die Lara des Fr. Knoth vom Deutschen Schauspielhaus in Hamburg war von starker Empfindung getragen, eindringlich und liebenswert. Von den hiesigen Künstlern boten die Damen Berla und Schulz sowie die Herren Wiegner und Weisguth tüchtige Leistungen, die nicht hinter denen ihres Hamburger Kollegen zurückstanden. Das ausverkaufte Haus bereitete dem Stück einen Achtungserfolg.

„Der Wildschuß“, Corkings feinste komische Oper, gelangte gestern wieder an unserer städtischen Bühne zur Aufführung und fand bei dichtbesetztem Haus eine sehr freundliche Aufnahme. Die Musik ist volstümlich, liebenswürdig und weist einen sehr ansehnlichen Reichtum hübscher Melodien, Chöre und Ensembles auf. Dazu die humorvolle, amüsante Handlung, die dem Rohebusch'schen Lustspiel „Der Kehbock“ nachgebildet wurde. Von einzelnen Unsicherheiten, die sogar zu kleinen Verlegenheitspausen führten, abgesehen, war die Wiedergabe der Oper durchaus befriedigend. Herr Lüdewigs war als höfeschissender Schulmeister Baculus recht unterhaltsend. Ihm stand als Gretchen in Frau Bogeis - Maier ein nettes Bräutchen zur Seite. Zierlich in Erscheinung, Gesang und Spiel war die Baronin des Fr. Schadow, eine Partie, die ihrem eigentlichen Fach fern liegt. Das wäre etwas für Fr. Sattig gewesen. Ganz ausgezeichnet gab Fr. Meissner die für die Tragödien des grauen Alters um schwärrende Gräfin. Die beiden verliebten Ravaliere Graf Eberbach und Baron Kronthal fanden in den Herren Benzing und Trimbönn tüchtige Vertreter. Mit dem alten Hausmeister Pancratius wußte Herr Salino nichts rechtes anfangen. Die Regie des Herrn Brischla und die musikalische Leitung des Herrn Dr. Reisch bedienten Anerkennung.

Berantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarz. Druck Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

Warum hast Du noch Deine Juwelen zurückbehalten, warum Deine entbehrlichen Goldsachen? Verkaufe sie durch die Goldankaufsstellen! Gedenke der eisernen Zeit von 1813!

**Quittadent** jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der

Buchdruckerei des „Nübeder Volksboten“, Johannisstr. 46

der Artilleriekanonaden von der Somme her schließen wir ein. Um andern Morgen rückten wir in das für uns zum Quartier bestimmte Dorf ein. Erleichtert atmeten wir auf, daß wir diesmal nicht in die Feuerlinie kamen. Die Quartiere, die wir nun bezogen, waren Gold gegen diejenigen in Rußland. In Frankreich hat jedes Dorf schöne massive, aus Stein erbaute Häuser, die höheren Schuh (im Gegensatz zu russischen Verhältnissen) gegen Wind und Wetter bieten. Wir konnten wieder in Betten schlafen. Wir brauchten des Nachts keinen Alarm zu fürchten und durften deshalb unsere Käider beim Schlafengehen wieder ablegen. Die aufreibende Raftarbeit wie in Rußland fiel auch weg. Unsere Tätigkeit bestand nun in der Anlegung einer stark besetzten Reservestellung. Tausende Hände beteiligten sich daran. Da sich man Pioniere, Armierungstruppen, Infanterie usw. Unbeschreiblich ist die Masse an Material, welches die großen Lastautos

In der hiesigen Gegend wohnt auch noch französische Zivilbevölkerung. Die Franzosen sind im allgemeinen sehr freundlich. „Kapitalist ist schuld am Krieg“ sagen sie. Sie bekommen ihre Lebensmittel ebenfalls rationsweise zugeteilt und beziehen sie durch neutrale Vermittlung aus Amerika. Sie haben reichlicher zu essen als unsere Bevölkerung dahin in Deutschland. Die Franzöiser glauben noch immer, daß Deutschland kaput geht. Sie halten viel von ihrer Republik, in der ihnen ein angenehmes und ziemlich freies Leben ermöglicht war. Ich habe mich oft mit Ihnen über diese Sachen unterhalten und Sie haben mir viel in Ihrer Muttersprache erzählt. Bilder, wie man sie in den illustrierten Zeitschriften unter der Überschrift „Die deutschen Baracken in Feindeland“ sah, erblickt man hier häufig. J. B. hier ein Landsturmann, umringt von einer Gruppe Kindern. Das Bild ist et selbst auf dem Atme. Dort ein anderer, der sein Mittragen mit ihnen teilt. Oder in irgend einem verborgenen Winkel steht ein jüngerer Kamerad und lächelt mit seinem „Mädchen“.

"maiselle", der er das deutsche Küßen beibringt. Wohlbedenkt bei den Franzosen herrscht nicht die Sitte auf den Mund zu küssen, sondern sie küssen einander stets auf die Wangen oder Stirn. Die Witterung hier in Frankreich zeigte sich bis zum Dezember hinein noch immer milde. Jedoch fast jeden Tag öffnete Petrus seine Schleier und ließ Regen über Regen herniedergefallen. Der hier vorherrschende Kalk- und Lehmboden verwandelte sich in einen Morast, wie wir ihn selbit in Irland nicht gekannt hatten. Seit Anfang Januar herrscht jedoch ein Frost, wie man ihn hier lange nicht erlebt hat. Doch wenn nun all der Schnee und das Eis von der Frühlingssonne hinweggeschmolzen ist wird und alles wieder an zu feiern und zu treiben fängt, dann wollen auch wir hoffen, daß der in diesem Winter gelegte Samen der Friedenspalme ebenfalls entsprechend und uns in dreijähriger Zeit den von Millionen Menschen schon lange ersehnten

In diesem Sinne beende ich meine heutigen Ausführungen und wünsche mit den besten Grüßen Ihr